

**TOP 1a:**

---

**Gesetz zu dem Vertrag vom 25. April 2005 über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union**

Drucksache: 756/06 und zu 756/06

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens zur EU am 1. Januar 2007 geschaffen werden.

Rumänien stellte seinen Beitrittsantrag im Juni 1995, Bulgarien im Dezember 1995. Der Europäische Rat von Luxemburg legte 1997 fest, dass die Einhaltung der "Kopenhagener Kriterien" Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen sei, wogegen die wirtschaftlichen Kriterien sowie die Fähigkeiten, die sich aus dem Beitritt ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen, "aus einer zukunftsorientierten, dynamischen Sicht heraus" zu beurteilen seien. Im Frühjahr 2000 wurden die Beitrittsverhandlungen auf der Basis eines entsprechenden Beschlusses des Europäischen Rates von Helsinki aus dem Jahre 1999 mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta aufgenommen (so genannte "Helsinki-Gruppe"). Im Verlauf des Verhandlungsprozesses stellt es sich heraus, dass einige Kandidaten der Helsinki-Gruppe aufholten, so dass die Beitrittsverhandlungen parallel zu denjenigen mit den Ländern der Luxemburg-Gruppe Ende 2002 abgeschlossen werden konnten und sie im Mai 2004 beitreten konnten. Der Europäische Rat von Laeken im Dezember 2001 differenzierte erstmals zwischen Bulgarien und Rumänien einerseits und den übrigen zehn Kandidaten (so genannte "Laeken-10") andererseits. Der Europäische Rat von Kopenhagen im Dezember 2002 hatte den Abschluss der Verhandlungen mit den "Laeken-10" festgestellt und für diese Länder den 1. Mai 2004 als Beitrittsdatum genannt. In Bezug auf Rumänien und Bulgarien hatte derselbe Europäische Rat beschlossen, einen Beitritt im Jahr 2007 anzustreben. Am 14. Dezember 2004 wurden die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien abgeschlossen. Die Kommission gab am 22. Februar 2005 ein positives Votum zu den Beitrittsanträgen der beiden Länder ab, das Europäische Parlament stimmte den Beitrittsanträgen am 13. April 2005 mit deutlicher Mehrheit zu. Der Rat beschloss daraufhin am 25. April 2005 einstimmig die Annahme der Beitrittsverträge.

Am selben Tag wurde der Beitrittsvertrag von den Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten sowie der Beitrittskandidaten in Luxemburg unterzeichnet. Damit er in Kraft treten kann, muss er von allen 25 Mitgliedsländern und den beiden Beitrittsländern

ratifiziert werden. Der Beitrittsvertrag legt fest, dass die Unterzeichnerstaaten ihre jeweilige Ratifizierungsurkunde bis spätestens zum 31. Dezember 2006 bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegen sollen.

Wenn bis zum 31. Dezember 2006 alle Mitgliedstaaten und Beitrittsländer ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben und kein Gebrauch von der im Vertrag vorgesehenen Möglichkeit der Verschiebung des Beitritts um ein Jahr ("Superschutzklausel") gemacht wird, werden Rumänien und Bulgarien der EU am 1. Januar 2007 beitreten.

Weiterhin ist die Anwendung von vertraglich festgelegten Schutzklauseln möglich. Vorgesehen sind eine generelle Schutzklausel, die in erster Linie dem Schutz der neuen Mitgliedstaaten dient und auf drei Jahre begrenzt ist, sowie ein spezielles binnenmarktbezogenes Schutzklauselverfahren, welches ebenfalls auf drei Jahre begrenzt ist, und eine Schutzklausel im Bereich Justiz und Inneres. Diese Schutzklauseln können bereits vor dem Beitritt aufgrund der Ergebnisse der Überwachung durch die Kommission geltend gemacht werden. Sie treten jedoch erst mit dem Beitrittsvertrag in Kraft.

Zum Beitrittsvertrag gehören als dessen Bestandteile die Beitrittsakte, nebst ihren Anhängen sowie, da der Vertrag über eine Verfassung für Europa zum Zeitpunkt des Beitritts zum 1. Januar 2007 noch nicht in Kraft sein wird, ein Beitrittsprotokoll samt Anhängen und eine Schlussakte mit Erklärungen der derzeitigen Mitgliedstaaten, z. B. die gemeinsame Erklärung zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

Der Bundesrat ist der Auffassung, dass das Gesetz zu dem Beitrittsvertrag gemäß Artikel 23 Abs. 1 Satz 3 i. V. m. Artikel 79 Abs. 2 des Grundgesetzes seiner Zustimmung mit zwei Dritteln der Stimmen seiner Mitglieder bedarf.

Die Empfehlungen des **federführenden Ausschusses für Fragen der Europäischen Union** sind aus **Drucksache 756/1/06** ersichtlich.

Er empfiehlt dem Bundesrat, dem Gesetz gemäß Artikel 23 Abs. 1 Satz 3 i. V. m. Artikel 79 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen sowie eine Entschließung zu dem Gesetz zu fassen.

In der Entschließung wird unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Bundesrates vom 7. Juli 2006 (BR-Drucksache 360/06 (Beschluss)) der Abschluss der fünften EU-Erweiterungsrunde begrüßt.

Ferner wird angesichts der Analyse im Kommissionsbericht vom 26. September 2006 zur Beitrittsfähigkeit Bulgariens und Rumäniens die Erwartungshaltung geäußert, dass beide Beitrittsstaaten Anstrengungen unternehmen, um die in dem Kommissionsbericht geäußerten Mängel bis zum 1. Januar 2007 und darüber hinaus abzustellen, und die Kommission darin bestärkt, die im Beitrittsvertrag enthaltenen Schutzklauseln bei Bedarf anzuwenden. Weiterhin wird die Auffassung bekräftigt, dass künftige Erweiterungen vom Kriterium der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der EU abhängig gemacht werden müssen.